Inhaltsverzeichnis

Einleitung 1

1. Kapitel: Die Entstehungsgeschichte des § 1629a BGB 5

A. Alte Gesetzeslage 5

I. Die elterliche Sorge gem. § 1626 BGB 5
1. Grundsätzliches 5
2. Inhalt und Umfang der elterlichen Sorge 6
a. Die Personensorge 7
b. Die Vermögenssorge 7
II. Die gesetzliche Vertretung gem. § 1629 BGB 8
1. Grundsätzliches 8
2. Vertretungsmacht 9
3. Einschränkungen der Vertretungsmacht 9
a. Der Ausschluss der Vertretungsmacht, § 1629 Abs. 2 i.V.m. §§ 1795, 1796 BGB 9
b. Der Vorbehalt gerichtlicher Genehmigung nach § 1643 BGB 11
c. Die Sollvorschriften der §§ 1645, 1823 BGB 12
d. Die Haftung der Eltern gem. § 1664 BGB 12
III. Die Ausgangslage 14

B. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts 20

I. Der Ausgangsfall 20
II. Die Entscheidung des Landgerichts Lüneburg 21
III. Die Entscheidung des Oberlandesgerichts Celle 21
IV. Die Entscheidung des Bundesgerichtshofs 22
V. Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts 24
1. Beschlusstenorierung 24
2. Die Gründe der Entscheidung 25
3. Der Gesetzgebungsauftrag 27

C. Die Lösungsmöglichkeiten 29

I. Lösungsansätze de lege lata 30
1. Grundsätze über den Missbrauch der Vertretungsmacht 30

Dieses Werk ist copyrightgeschützt und darf in keiner Form vervielfältigt werden noch an Dritte weitergegeben werden.
Es gilt nur für den persönlichen Gebrauch.

2. Entsprechende Anwendung der §§ 46 ff. und 56a ff. UmwG a.F. 30
3. Entsprechende Anwendung der §§ 1645, 1823 BGB 31
4. Kritik an diesen Lösungsansätzen 31
a. Kritik am Vorschlag von John 31
b. Kritik am Vorschlag von Damrau 32
c. Kritik am Vorschlag von Karsten Schmidt 32

II. Abschaffung der gesetzlichen Vertretungsmacht 33
1. Lösungsansatz von Ramm 33
2. Kritik 33

III. Genehmigungslösungen 34
1. Reglementierung der Erwerbstätigkeit Minderjähriger an sich – Thiele 35
2. Vermögensschutz durch umfassendes vormundschaftsgerichtliches Genehmigungserfordernis – Axel Schmidt 36
3. Ausweitung des Genehmigungserfordernisses auf Fortführung des Handelsgeschäfts – Hüffer 37
4. Kombination von Genehmigungslösung und wertmäßigem Überschuldungsschutz – Karsten Schmidt 38
5. Erweiterung des § 1822 Nr. 8 BGB auf alle Kredite und Genehmigungserfordernis für erwerbswirtschaftliche Betätigung Minderjähriger – Reuter 38
6. Extensive Auslegung der §§ 1643 Abs. 1, 1822 Nr. 8 und 9 BGB und zugleich Ausdehnung auf Waren- und Geldkredite – Derleder 39
7. Pauschalgenehmigung i.S.d. § 112 BGB – Laum/Dyalla-Krebs 40
8. Kritik an den Genehmigungslösungen 41
a. Die Phase zwischen Erbfall und Genehmigung 42
b. Die Lücken im Genehmigungskatalog der §§ 1821, 1822 BGB 44
c. Kein Überschuldungsschutz mangels Kontrolldichte 44

IV. Haftungsbeschränkungslösungen 45
1. Absoluter Überschuldungsschutz – Wolf 46
2. Anwendung der Grundsätze der Nachlassverbindlichkeitenhaftung – May 49
3. Grundnorm mit Rechtsfolgenverweisung auf die §§ 1990, 1991 BGB – Griem 51
4. Kritik an den Haftungsbeschränkungslösungen 52
a. Zu weitreichende Regelung 53
b. Widerspruch zum bestehenden Haftungssystem und Aufhebung des Gläubigerschutzes 53
c. Gefahr des Missbrauchs 54

Dieses Werk ist copyrightgeschützt und darf in keiner Form vervielfältigt werden noch an Dritte weitergegeben werden.
Es gilt nur für den persönlichen Gebrauch.

d. Verhinderung erwerbswirtschaftlicher Betätigung Minderjähriger 55
V. Kombination von Genehmigungs- und Haftungsbeschränkungslösung 55
1. Lösungsvorschlag von Dauner-Lieb 55
2. Kritik 56
a. Vermögensschutz 56
b. Erweiterung der Genehmigungserfordernisse 57
c. Zielrichtung des Genehmigungserfordernisses 57
VI. Insolvenzrechtliche Lösung und Liquidationsverfahren 58
1. Restschuldbefreiung für Minderjährige – Medicus 58
2. Volljährigkeitsinsolvenzverfahren – Laum/Dyalla-Krebs 59
3. Minderjährigen-Insolvenz – Schwartze 60
4. Amtliches Liquidationsverfahren – Dauner-Lieb 61
5. Kritik an den insolvenzrechtlichen Lösungen bzw. einem amtlichen Liquidationsverfahren 63
a. Intensiver Eingriff in das Rechtssystem bei entsprechenden Nachteilen 63
b. Rechtspolitische Verfehlung 64
c. Keine Schlechterstellung der Altgläubiger im Rahmen des § 1629a BGB-E 65
d. Restschuldbefreiung und Wohlverhaltensphase 65
6. Fürsprecher einer insolvenzrechtlichen Lösung nach Einführung des § 1629a BGB 67
VII. Die Gesetzgebungsvorschläge 69
1. Entwurf der Freien und Hansestadt Hamburg 69
2. Vorentwurf des Bundesministeriums der Justiz 70
3. Kritik an den Gesetzesentwürfen 72
a. Bruch mit dem Zivilrechtssystem 73
b. Gläubigerbenachteiligung 73
c. Missbrauchsgefahr 73

2. Kapitel: Das Minderjährigenhaftungsbeschränkungsgesetz 75

A. Die Einführung des Minderjährigenhaftungsbeschränkungsgesetzes – MHbeG 76

I. Das Gesetzgebungsverfahren 76
II. Die neuen bzw. geänderten Vorschriften durch das MHbeG 77
1. Das Kündigungsrecht gem. § 723 BGB 77
2. Die Minderjährigenhaftungsbeschränkung gem. § 1629a BGB 78

Dieses Werk ist copyrightgeschützt und darf in keiner Form vervielfältigt werden noch an Dritte weitergegeben werden.
Es gilt nur für den persönlichen Gebrauch.

3. Die Änderungen im Vormundschafts- und Pflegerecht 79
4. Die Änderungen im Zivilprozessrecht 80
5. Die Übergangsvorschrift des Art. 3 MHbeG 81
III. Entscheidungsgrundlage für die Haftungsbeschränkungslösung 81
1. Die Gründe gegen eine Genehmigungslösung 81
2. Die Gründe für eine Haftungsbeschränkungslösung 82
IV. Normzweck und Gesetzessystematik des § 1629a BGB 84

B. Die Haftungsbeschränkung gem. § 1629a BGB: Voraussetzungen und Kritik 86

I. Die Voraussetzungen des § 1629a BGB 86
1. Von der Haftungsbeschränkung erfasste Verbindlichkeiten 86
a. Zeitpunkt der Begründung der Verbindlichkeit 86
b. Begründung der Verbindlichkeit durch einen Vertreter 88
aa. Die Vertreter des Minderjährigen 88
(1) Eltern im Rahmen ihrer gesetzlichen Vertretungsmacht 88
(2) Sonstige vertretungsberechtigte Personen 88
(a) Grundsätzlich erfasster Personenkreis 88
(b) Zurechnung der Handlung eines Gesellschafters einer Personengesellschaft 89
(c) Zurechnung von Handlungen der Eltern kraft rechtsgeschäftlicher oder gesellschaftsrechtlicher Vertretungsmacht 91
bb. Die erfassten Verbindlichkeiten 91
(1) Rechtsgeschäfte 92
(2) Sonstige Handlungen 93
(a) Allgemein 93
(b) Gesetzlich begründete Verbindlichkeiten 93
(3) Öffentlich-rechtliche Verbindlichkeiten 95
c. Begründung der Verbindlichkeit durch den Erwerb von Todes wegen 95
d. Begründung der Verbindlichkeit durch Eigenschäfte des Minderjährigen mit Zustimmung der gesetzlichen Vertreter 97
e. Verbindlichkeiten durch familiengerichtlich genehmigte Rechtsgeschäfte 98
2. Von der Haftungsbeschränkung ausgenommene Verbindlichkeiten 99
a. Eigene Handlungen des Minderjährigen 99
aa. Allgemein 99

Dieses Werk ist copyrightgeschützt und darf in keiner Form vervielfältigt werden noch an Dritte weitergegeben werden.
Es gilt nur für den persönlichen Gebrauch.

bb. Verbindlichkeiten aus dem rechtsgeschäftlichen Bereich 100
cc. Verbindlichkeiten aus dem deliktischen Bereich 100
dd. Verbindlichkeiten aus anderen Rechtsgründen 101
ee. Verbindlichkeiten ohne Handelsbezug 102
ff. Neuverbindlichkeiten 103
b. Selbstständiger Betrieb eines Erwerbsgeschäfts 103
c. Befriedigung persönlicher Bedürfnisse 105
3. Die Geltendmachung der Haftungsbeschränkung 107
a. Die Erhebung der Einrede 107
b. Fristgemäße Ausübung und Verzicht auf die Einrede 109
c. Die prozessualen Folgen der Einrede 109
4. Die Rechtsfolgen der Geltendmachung des § 1629a BGB 111
a. Beschränkte Haftung 111
aa. Separierung in Alt- und Neuvermögen 111
bb. Die Vorschriften der §§ 1990, 1991 BGB 111
cc. Die Geltung des Auftragsrechts 112
b. Die Befriedigung der Gläubiger 113
aa. Altverbindlichkeiten 113
(1) Herausgabe des Altvermögens 113
(2) Prioritätsprinzip 113
(3) Ausnahmen vom Prioritätsprinzip 114
(4) Von § 1629a Abs. 2 BGB ausgenommene Verbindlichkeiten 115
(5) Verwaltungsfehler des volljährig Gewordenen 115
(a) Aufwendungsersatzanspruch 115
(b) Rückforderungsanspruch 116
bb. Neuverbindlichkeiten 116
(1) Grundregel 116
(2) Zugriffe der Neugläubiger auf das Altvermögen 117
(3) Aufrechnung Neugläubiger gegen Forderung aus Altvermögen 118
(4) Verbindlichkeiten aufgrund der Verwaltung des Altvermögens 119
cc. Unbeschränkte Haftung von Mitschuldnern, Mithaftenden und Sicherheiten (Abs. 3) 119
(1) Haftung von Mitschuldnern und Mithaftenden 119
(2) Haftung aus Sicherheiten oder Vormerkung 120
(3) Rückgriffsforderungen der Mitschuldner und Mithaftenden 121

Dieses Werk ist copyrightgeschützt und darf in keiner Form vervielfältigt werden noch an Dritte weitergegeben werden.
Es gilt nur für den persönlichen Gebrauch.

dd. Haftung des volljährig Gewordenen 121
ee. Auswirkungen auf gegenseitige Verträge 122
c. Vermutungen zum Schutz der Gläubiger 123
aa. Normzweck 123
bb. Fortdauernde Beteiligung an Erbengemeinschaft oder Gesellschaft 124
cc. Weiter betriebenes Handelsgeschäft 125
dd. Vermutung des Vermögenserwerbs vor Eintritt der Volljährigkeit 126
ee. Fristgerechte Kündigung bzw. Einstellung 127
5. Missbrauchsgefahr 127
a. Durch den Minderjährigen selbst 127
b. Durch die Eltern 128
6. Das Verhältnis des § 1629a BGB zu § 15 HGB 128
a. Allgemein 128
b. Negative Publizität, § 15 Abs. 1 HGB 129
c. Rechtswirkung eingetragener und bekanntgemachter Tatsachen, § 15 Abs. 2 HGB 130
d. Positive Publizität, § 15 Abs. 3 HGB 130
7. Das Verhältnis des § 1629a BGB zum Minderjährigenschutz in anderen Bereichen und zu weiteren Vorschriften 131
a. Andere Schutzbereiche 131
b. § 139 HGB 131
c. Insolvenzordnung 132
8. Übergangsregelungen 132
II. Die an § 1629a BGB geübte Kritik 133
1. Persönlicher Geltungsbereich 133
a. Kritik 133
b. Stellungnahme 134
2. Haftungsbeschränkung trotz familiengerichtlicher Genehmigung 135
a. Kritik 135
b. Stellungnahme 135
3. Nichtberücksichtigung des § 113 BGB und der Generaleinwilligung i.R.d. § 1629a Abs. 2 BGB 137
a. Kritik 137
b. Stellungnahme 137
4. Die Vermutungen des § 1629a Abs. 4 BGB 139
a. Kritik 139
b. Stellungnahme 140
5. Missbrauch der Haftungsbeschränkungsmöglichkeit 145
a. Kritik 145
b. Stellungnahme 146

Dieses Werk ist copyrightgeschützt und darf in keiner Form vervielfältigt werden noch an Dritte weitergegeben werden.
Es gilt nur für den persönlichen Gebrauch.

6. Deliktische Verbindlichkeiten 147
a. Kritik 147
b. Stellungnahme 149
7. Prioritätsprinzip statt Gleichbehandlungsgrundsatz 153
a. Kritik 153
b. Stellungnahme 154

3. Kapitel: Die Bedeutung des § 1629a BGB in der Praxis 157

A. Die Berücksichtigung des § 1629a BGB i.R.d. Genehmigungspraxis 158

B. Die Anwendbarkeit des § 1629a BGB auf ein abstraktes Schuldanerkenntnis 160

C. Die Anwendbarkeit der Ausnahmeregelung des § 1629a Abs. 2 Alt. 2 BGB auf medizinische Behandlungen 161

D. Die Anwendbarkeit des Sonderkündigungsrechts des § 723 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 BGB und der Ausnahmeregelung des § 1629a Abs. 2 Alt. 2 BGB auf Ausbildungsverträge 162

E. Die prozessuale Geltendmachung des § 1629a BGB 165

F. Der maßgebliche Zeitpunkt für die Anwendbarkeit des § 1629a BGB 167

G. Die Anwendbarkeit des § 1629a BGB bei der Inanspruchnahme aus öffentlichem Recht während der Minderjährigkeit 168

H. Die Anwendbarkeit des § 1629a BGB auf BAföG-Leistungen 169

I. Die Anwendbarkeit des § 1629a BGB im Sozialrecht 170

J. Die Anwendbarkeit des § 1629a BGB im Ausländerrecht 173

K. Die Anwendbarkeit des § 1629a BGB im Steuerrecht 174

Dieses Werk ist copyrightgeschützt und darf in keiner Form vervielfältigt werden noch an Dritte weitergegeben werden.
Es gilt nur für den persönlichen Gebrauch.

4. Kapitel: Minderjährigenschutz durch eine insolvenzrechtliche Lösung 175

A. Einführung 175

B. Die Anwendbarkeit der InsO auf Minderjährige und volljährig Gewordene – de lege lata 178

I. Das Ziel des Insolvenzverfahrens 178
II. Anwendbarkeit der InsO neben § 1629a BGB 178
1. Vorliegen eines Insolvenzgrundes bei Erheben der Einrede des § 1629a BGB? 179
2. Rechtsschutzinteresse bei Möglichkeit der Einrede des § 1629a BGB? 181
III. Insolvenzfähigkeit des Minderjährigen bzw. volljährig Gewordenen 182
IV. Stundung der Verfahrenskosten 182
V. Erwerbsobliegenheit nach § 287b und § 295 Abs. 1 Nr. 1 InsO 183
1. Norminhalt und Verhältnis des § 287b zu § 295 Abs. 1 Nr. 1 InsO 183
2. Voraussetzungen der Erwerbsobliegenheit 183
a. Ausübung einer angemessenen Erwerbstätigkeit 184
b. Bemühen um eine angemessene Tätigkeit 184
c. Annahme einer zumutbaren Tätigkeit 185
3. Erwerbsobliegenheit Minderjähriger bzw. volljährig Gewordener? 185
VI. Versagung der Restschuldbefreiung für Minderjährigen bzw. volljährig Gewordenen aufgrund Unredlichkeit der Eltern? 188
VII. Fazit 190

C. Insolvenzrechtlicher Schutz für volljährig Gewordene – de lege ferenda 195

I. Reformvorschlag zur Einführung neuer Vorschriften in die InsO 196
1. Systematische Anknüpfung 196
2. § 334a Grundsatz 197
a. Norm 197
b. Begründung 197
aa. Anwendbarkeit Minderjährigeninsolvenzverfahren 197
bb. Keine Fristgebundenheit des Antrags 199
cc. Insolvenzverfahren über nach Erreichen der Volljährigkeit entstandene Verbindlichkeiten 200

Dieses Werk ist copyrightgeschützt und darf in keiner Form vervielfältigt werden noch an Dritte weitergegeben werden.
Es gilt nur für den persönlichen Gebrauch.

3. § 334b Minderjährigenvermögen 201
a. Norm 201
b. Begründung 201
aa. Minderjährigenvermögen 201
bb. Zahlungsunfähigkeit 202
cc. Drohende Zahlungsunfähigkeit 203
4. § 334c Verfahren 203
a. Norm 203
b. Begründung 204
aa. Schuldenbereinigungsplan 204
bb. Aufzubringende Monatsraten bei Kostenstundung 204
cc. Aufhebung der Stundung der Kosten für das Insolvenzverfahren 205
dd. Verfahrensverbindung 206
5. § 334d Abtretungserklärung 206
a. Norm 206
b. Begründung 207
aa. Abtretungserklärung 207
bb. Erwerbsobliegenheit 208
6. § 334e Versagung der Restschuldbefreiung und Obliegenheiten des Minderjährigen 209
a. Norm 209
b. Begründung 210
aa. Versagungsgrund der Masseschmälerung 210
bb. Versagung der Restschuldbefreiung gem. § 290 InsO 210
cc. Schadensersatzpflicht Dritter 212
dd. Obliegenheitsverletzung nach § 295 InsO 213
ee. Verweis des § 297a InsO 213
ff. Widerruf der Restschuldbefreiung gem. § 303 InsO 213
7. § 334f Ausgenommene Forderungen 214
a. Norm 214
b. Begründung 214
aa. Vorsätzliche unerlaubte Handlungen nach § 302 Nr. 1 Var. 1 InsO 214
bb. Nicht gewährter Unterhalt, Steuerschuldverhältnisse und Geldstrafen nach § 302 Nr. 1 Var. 2 und 3, Nr. 2 InsO 218
cc. Keine Ausnahme für Verbindlichkeiten aus dem selbstständigen Betrieb eines Erwerbsgeschäfts nach § 112 BGB 219

Dieses Werk ist copyrightgeschützt und darf in keiner Form vervielfältigt werden noch an Dritte weitergegeben werden.
Es gilt nur für den persönlichen Gebrauch.

8. § 287a Abs. 3 Entscheidung des Insolvenzgerichts (8. Teil Restschuldbefreiung) 220
a. Norm 220
b. Begründung 221
9. Aufhebung § 1629a BGB und weiterer Vorschriften des MHbeG sowie Nichtübernahme § 1629a Abs. 2 BGB 221
a. Aufhebung § 1629a BGB und weiterer Vorschriften des MHbeG 221
aa. Aufhebung § 1629a BGB 221
bb. Aufhebung weiterer Vorschriften des MHbeG 223
b. Nichtübernahme der Ausnahmen des § 1629a Abs. 2 BGB 223
II. Überblick Reformvorschlag 224

D. Fallbeispiele – Anwendung auf § 1629a BGB, InsO de lege lata und InsO de lege ferenda 227

I. Fallbeispiel 1: Geschäfte der Eltern im Namen des Minderjährigen bzw. Geschäfte des Minderjährigen mit Zustimmung der Eltern 228
1. Beispiel 228
2. Lösungen 228
a. § 1629a BGB 228
b. InsO de lege lata 228
c. InsO de lege ferenda 229
3. Variante 230
4. Lösungen 230
a. § 1629a BGB 230
b. InsO de lege lata 230
c. InsO de lege ferenda 231
5. Fazit 231
II. Fallbeispiel 2: fahrlässiges deliktisches Handeln Minderjähriger 231
1. Beispiel 231
2. Lösungen 231
a. § 1629a BGB 231
b. InsO de lege lata 232
c. InsO de lege ferenda 232
3. Fazit 232
III. Fallbeispiel 3: vorsätzliches deliktisches Handeln Minderjähriger 232
1. Beispiel 232
2. Lösungen 233

Dieses Werk ist copyrightgeschützt und darf in keiner Form vervielfältigt werden noch an Dritte weitergegeben werden.
Es gilt nur für den persönlichen Gebrauch.

a. § 1629a BGB 233
b. InsO de lege lata 233
c. InsO de lege ferenda 233
3. Variante 234
4. Lösungen 234
a. § 1629a BGB 234
b. InsO de lege lata 234
c. InsO de lege ferenda 234
5. Fazit 235
IV. Fallbeispiel 4: verschuldeter Minderjähriger erbt zweifach 235
1. Beispiel 235
2. Lösungen 235
a. § 1629a BGB 235
b. InsO de lege lata 235
c. InsO de lege ferenda 236
3. Fazit 236
V. Fallbeispiel 5: volljährig Gewordener ohne Vorbehalt im Urteil 236
1. Beispiel 236
2. Lösungen 237
a. § 1629a BGB 237
b. InsO de lege lata 237
c. InsO de lege ferenda 238
3. Fazit 238
VI. Fallbeispiel 6: Verursachung einer Verbindlichkeit i.R.d. selbstständigen Betriebs eines Erwerbsgeschäfts (§ 112 BGB) und i.R.e. Arbeitsverhältnisses (§ 113 BGB) 238
1. Beispiel 238
2. Lösungen 238
a. § 1629a BGB 238
b. InsO de lege lata 238
c. InsO de lege ferenda 239
3. Variante 239
4. Lösungen 239
a. § 1629a BGB 239
b. InsO de lege lata 240
c. InsO de lege ferenda 240
5. Fazit 240
VII. Fallbeispiel 7: Minderjähriger, Aktiva und ein schneller Gläubiger 241
1. Fallbeispiel 241
2. Lösungen 241
a. § 1629a BGB 241

Dieses Werk ist copyrightgeschützt und darf in keiner Form vervielfältigt werden noch an Dritte weitergegeben werden.
Es gilt nur für den persönlichen Gebrauch.

b. InsO de lege lata 241
c. InsO de lege ferenda 242
3. Fazit 242
VIII. Fallbeispiel 8: Veräußerung des Altvermögens 242
1. Fallbeispiel 242
2. Lösungen 242
a. § 1629a BGB 242
b. InsO de lege lata 243
c. InsO de lege ferenda 243
3. Variante 244
4. Lösungen 244
a. § 1629a BGB 244
b. InsO de lege lata 244
c. InsO de lege ferenda 244
5. Fazit 245

E. Vergleich der InsO de lege ferenda mit der zu § 1629a BGB ergangenen Rechtsprechung 246

Fazit 248

Literaturverzeichnis XIX

Dieses Werk ist copyrightgeschützt und darf in keiner Form vervielfältigt werden noch an Dritte weitergegeben werden.
Es gilt nur für den persönlichen Gebrauch.